Dr. Thomas Fues, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Stellungnahme für den Bundestags-Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung "VN-Reform unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten" Berlin, 4. Juli 2007

Basierend auf der Studie von Thomas Fues/Li Dongyan/Martina Vatterodt "The role of the United Nations in the global development architecture:

Steps towards greater coherence"

(im Internet: www.die-gdi.de; Rubrik "MitarbeiterInnen")

- 1. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Vereinten Nationen (VN) wird seit langem kontrovers diskutiert und bewertet. Als ihre Stärke gelten die Unparteilichkeit und Universalität der Weltorganisation, die allen Mitgliedstaaten ein formales Mitspracherecht auf der Basis souveräner Gleichheit einräumt ("Ein Land ein Stimme). Komparative Vorteile der VN-EZ werden insbesondere in politisch sensiblen Bereichen (Wiederaufbau nach Gewaltkonflikten, Demokratieförderung, gute Regierungsführung, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit etc.) sowie in der Einbindung von Entwicklungsländern als mitverantwortliche "Geber" gesehen.
- 2. Auf Kritik stößt die (unkoordinierte) **Vielfalt** der normativ und operativ tätigen VN-Einrichtungen, deren Tätigkeitsbereiche und Zuständigkeiten häufig nur unzureichend voneinander abgetrennt sind. Der dadurch hervorgerufene **Mangel an Kohärenz** wird allgemein als wesentlicher Grund für die eingeschränkte Wirksamkeit der VN-EZ identifiziert. Verantwortung für diesen Zustand tragen sowohl die **westlichen** Geber (geringe Kalkulierbarkeit und niedriges Volumen der freiwilligen Leistungen, schleichende Bilateralisierung durch Zunahme zweckgebundener Mittel) als auch die **Entwicklungsländer** (Aufrechterhaltung der fragmentierten Institutionenlandschaft zur besseren Durchsetzung nationaler Interessen).
- 3. Der frühere Generalsekretär Kofi Annan hat, soweit dies im Rahmen seiner administrativen Zuständigkeit lag, **inkrementelle Fortschritte** zur Harmonisierung der VN-EZ in die Wege geleitet. VN-Fonds und Programme sowie in reduzierter Form auch die autonom agierenden Sonderorganisationen engagieren sich in der VN Development Group für ein einheitliches Auftreten auf **Länderebene** ("One UN"). Der VN-Reformgipfel 2005 und der Bericht der daraufhin eingesetzten Gruppe von Sachverständigen (High-level Panel on system-wide coherence) haben diesen Initiativen neuen Schwung verliehen. In acht **Pilotländern** (Vietnam, Pakistan, Mosambik, Tansania, Kapverden, Uruguay, Albanien und Ruanda) wird das Konzept "One UN" derzeit umgesetzt; weitere Staaten (inoffiziell ist von 30 die Rede) haben ihr Interesse an der Pilotphase bekundet. Der Bericht des High-level Panel und seine Empfehlungen werden aktuell in der Generalversammlung verhandelt.
- 4. Weiterreichende Reformansätze, beispielsweise die vom High-level Panel vorgeschlagene Zusammenführung von **Aufsichtsräten** wichtiger Fonds und Programme, scheinen derzeit in der Generalversammlung politisch gegen den Willen der G77 und China nicht durchsetzbar. Die traditionelle Allianz der Entwicklungsländer in den VN sieht darin den Versuch, die Macht der westlichen Geber zu stärken, und befürchtet eine **Konditionalisierung** der VN-EZ

nach westlichen Standards. Außerdem wird von einigen südlichen Regierungen spekuliert, dass der Westen die Reformanstrengungen als Vorwand für eine Reduzierung der Beiträge an das VN-System nutzen möchte. Die Blockadepolitik der G77 steht jedoch im Widerspruch zu ihrer politischen Forderung, den VN eine führende Rolle in der internationalen Entwicklungspolitik einzuräumen.

- 5. Neben den Kohärenzbemühungen auf der operativen Ebene hat sich der Reformgipfel mit einer politischen Aufwertung des zwischenstaatlichen VN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) befasst. Dies soll vor allem durch zwei neue Veranstaltungsformate erreicht werden, die alle Entwicklungsakteure unter das Dach der VN bringen: das jährliche MinisterInnentreffen zu den MDGs (Annual Ministerial Review) sowie das zweijährliche Development Cooperation Forum. Mit dem zweiten Forum, dessen offizieller Start morgen (5. Juli 2007) in Genf erfolgt, verbindet sich die Hoffnung eines produktiven Dialogs der traditionellen Geber mit den großen Schwellenländern (China, Indien Brasilien etc.), die zunehmend eigene Entwicklungsaktivitäten starten und sich nicht den Standards des OECD-Entwicklungsausschusses anschließen möchten. Außerdem könnte durch positive Entwicklungen auf dieser Ebene eventuell die Reformblockade in der VN-EZ überwunden werden.
- 6. Deutschland, Bundesregierung und Bundestag, können über verschiedene Instrumente **Einfluss** auf den Reformprozess zur VN-EZ nehmen. Dabei sollte es nicht um die Vertretung eigener Modelle, sondern um **Dialogangebote** gegenüber der G77 und China gehen. Da die G77/China keinen homogenen Block mehr darstellt, könnten Fortschritte eventuell auch durch Reformbündnisse mit LDCs und "One UN"-Pilotländern erzielt werden, die ein besonderes Eigeninteresse an höherer Wirksamkeit der VN-EZ verbindet.
- 7. Ein wichtiges Signal von deutscher Seite wäre die Selbstbindung an freiwillige Standards einer guten multilateralen Geberpolitik, beispielsweise im Hinblick auf Ausweitung der Finanzbeiträge an die **Kernbudgets** der VN-Entwicklungseinrichtungen (die deutschen Beiträge wurden im letzten Jahrzehnt erheblich reduziert) sowie die Bereitschaft für **mehrjährige** Zusagen (wie heute bereits gegenüber EU und Weltbank praktiziert). Auch die politische Unterstützung des ECOSOC Development Cooperation Forum, in dessen Advisory Board das BMZ vertreten ist, würde bei G77 und China gewiss auf positive Resonanz stoßen
- 8. Interessante Perspektiven bieten sich auch im kürzlich beschlossenen **Heiligendamm**-Prozess. Eine von vier Arbeitsgruppen der G8 mit den fünf großen Schwellenländern (G5-"Outreach-Staaten") wird sich mit "Entwicklung mit besonderem Augenmerk auf Afrika" befassen. Auf dieser Plattform könnten die beteiligten Regierungen gemeinsam Konzepte für eine neue internationale Entwicklungsarchitektur formulieren, in der die Position einer reformierten VN-EZ näher bestimmt wird und die Ziele der Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit optimal umgesetzt werden können.